

## **„Faire & nachhaltige Wirtschaftsordnung - Heimische Wirtschaft zuerst“**

*Diskussionspapier von MdB Hansjörg Müller, Ausschuss Wirtschaft & Energie, für die Landes-/Bundesfachausschüsse und Landtags-/Bundestagsfraktionen der AfD*

### **Vorwort**

Unsere Alternative für Deutschland bekennt sich in ihrer Programmatik zum freien Wettbewerb und zur Sozialen Marktwirtschaft. Auf den Punkt gebracht stehen wir gleichzeitig für die wirtschaftsliberale Freiheit der Unternehmer und für die soziale Verantwortung der gesellschaftlichen Akteure gegenüber den sogenannten „Kleinen Leuten“.

Diese beiden Ankerpunkte stehen mitnichten im Widerspruch, sondern bedingen einander, wenn unser Land funktionieren soll. Für die AfD ist essentiell, dass wirtschaftsliberale Freiheit und soziale Verantwortung gleichzeitig in ein widerspruchsfreies Gesamtkonzept eingebettet werden, wenn sie innerparteiliche Gräben überwinden, wachsen und Volkspartei werden will. Beide Ankerpunkte werden seit Jahren von einem gemeinsamen Gegner gegeneinander ausgespielt, der im Folgenden klar benannt wird. Die **Lösung** liegt im **Miteinander von Unternehmern und sogenannten „Kleinen Leuten“** in einem **souveränen Nationalstaat Bundesrepublik Deutschland** und **seinem selbstbestimmten Wirtschaftsraum**.

Bevor wir weiter unten in die Diskussion einsteigen können, müssen wir vorher erst den Ordnungsrahmen klar definieren, innerhalb dessen sich die folgende Diskussion bewegt. Es ist notwendig, dass wir erst einmal unsere Annahmen beschreiben, damit deutlich wird, innerhalb welcher wirtschaftspolitischen Leitlinien sich vorliegendes Diskussionspapier bewegt. Der Ordnungsrahmen ist kein vorweggenommenes Resümee, sondern steckt das Feld der Diskussion ab.

### **Ordnungsrahmen/wirtschaftspolitische Leitlinien für die folgende Diskussion**

**Ziel**        **Die Gesamtwohlfahrt der Bürger maximieren – in jedem souveränen Staat eigenverantwortlich!**

Wir setzen die „faire & nachhaltige Wirtschaftsordnung“ für Deutschland um. International arbeiten wir vertrauensvoll mit Partnern zusammen, die dieses moderne, subsidiäre Konzept auf ihren „heimischen Märkten“ ebenfalls umsetzen.

**Bedingung** Je dezentraler und näher an der konkreten Situation wirtschaftliche und politische Entscheidungen getroffen werden, desto fairer & nachhaltiger sind die Ergebnisse für die Bürger eines jeden Staates. **Dazu müssen die aktuellen, zentralistischen Machtkonzentrationen auf allen globalen Ebenen überwunden werden!**

**Leitlinien des Handelns**

	<b>Machen</b>	<b>Nicht tun</b>
<b>1.</b>	Verlagern der kontrollierbaren Entscheidungsgewalt möglichst weit nach unten auf die föderale bzw. regionale bzw. kommunale Ebene innerhalb eines jeden Staates. Subsidiarität auf allen Ebenen!	Anhäufen unkontrollierbarer Vermachtungen in zentralistischen, supranationalen Organisationen wie z.B. EU und Weltwirtschaftsforum, intransparenten Nichtregierungsorganisationen (NGO's), Finanz-Beteiligungs-Konglomeraten wie z.B. Blackrock <sup>1</sup> oder Wirtschaftsprüfungsoligopolen wie den „Big Four“ (PWC, EY, KPMG, Deloitte) <sup>2</sup> .
<b>2.</b>	Ausbau bilateraler (Handels-) Abkommen zwischen souveränen Wirtschaftsräumen, mit dem Ziel der Wohlfahrtsmaximierung für ihre jeweiligen Bürger.	Ausweitung multilateraler Abkommen, welche den Nutzen weniger zentralistischer Entscheider maximieren, zu Lasten der jeweiligen länderspezifischen Marktunterschiede.
<b>3.</b>	Zuerst die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft des eigenen Landes sicherstellen, um danach im Handel mit Unternehmen aus anderen Ländern Schnittmengen zu nutzen, die beiderseits wohlfahrtssteigernd wirken.	Auf Kosten anderer Länder oder fremder Unternehmen leben.
<b>4.</b>	Freien Handel von Waren und Dienstleistungen betreiben.	Waren- oder Dienstleistungsmärkte abschotten.
<b>5.</b>	Die durch Inländer erzeugte Wertschöpfung primär im Inland behalten und den inländischen Eigentümern, Arbeitnehmern und Kreditgebern unserer Unternehmen zu Gute kommen lassen.	Inländische Wertschöpfung übermäßig ins Ausland transferieren, an zentralistische, supranationale Organisationen oder Finanz-Beteiligungs-Konglomerate.
<b>6.</b>	Die wirtschaftlichen Entscheidungen inhabergeführter, mittelständischer Unternehmen orientieren sich eher am Gemeinwohl ihres jeweiligen Herkunftsstaates. Ihr Einfluss auf die Politik ist deshalb zu fördern.	Multinationale, von angestellten Managern anonym geführte Großkonzerne kennen keine Loyalität zu ihrem Herkunftsstaat mehr, womit ihre wirtschaftlichen Entscheidungen das Gemeinwohl eher bedrohen. Ihr Einfluss auf die Politik ist deshalb zu begrenzen.

<sup>1</sup> Buchter, H.: *Black Rock. Eine heimliche Weltmacht greift nach unserem Geld*. Frankfurt am Main: Campus, 2015

<sup>2</sup> Die sogenannten „Big Four“ sind ein Oligopol und kontrollieren 67% der weltweiten Wirtschaftsprüfung. Vgl., Fleming, S.: Accountants PwC, Deloitte, KPMG and EY face taming moves. In: Financial Times. 12. Februar 2014

**Ergebnis** Die weltweite Wohlfahrt - als Summe der Wohlfahrt pro Nationalstaat - wird in einer „fairen & nachhaltigen Wirtschaftsordnung auf nationalstaatlicher Basis“ merkbar höher sein, als in der globalen Wirtschafts-(Un-)Ordnung der angelsächsisch geprägten Dominanz der Finanz- über die Realwirtschaft. Die Wohlfahrt wird steigen durch moderne, freiwillige internationale Kooperationen kleinerer und selbständiger Einheiten anstelle eines antiquierten, erzwungenen Zentralismus durch supranationale Organisationen und weltumspannende Konzerne, hinter denen oft die gleichen Finanz-Beteiligungs-Konglomerate stehen, bei denen die Fäden zusammenlaufen.<sup>3</sup>

**Begründung** Die weltweite Wohlfahrt steigt, weil die Wohlstandsumverteilung zum egoistischen Nutzen einiger weniger, zentralistischer Entscheider und Profiteure in supranationalen Organisationen bzw. Finanz-Beteiligungs-Konglomeraten abnimmt. Sie wird ersetzt durch die Wohlstandsmehrung für die vielen Bürger in den betroffenen Nationalstaaten, deren Nutzen, im Einklang mit dem Gemeinwohl, wieder an Gewicht gewinnt.

**Folge** An die Stelle der kurzfristig am sogenannten „Shareholder-Value“ orientierten Dominanz der Finanzwirtschaft angelsächsischer Prägung (= Globalisierung) tritt wieder die langfristige, am Gemeinwohl orientierte, echte und nachhaltige Wertschöpfung über eine konservative Wirtschaftspolitik (= Soziale Marktwirtschaft).

### **Zusammenfassung**

Die heutige globale Wirtschaftsordnung ist immer weniger marktwirtschaftlich ausgerichtet. Der marktwirtschaftliche Lenkungsmechanismus wurde in zentralen Bereichen ausgehebelt. Die weltumspannenden Finanzinstitute und Konzerne werden gesetzlich und steuerlich einseitig bevorzugt. Der Mittelstand profitiert zwar als Zulieferer für Konzerne, steht auf den Märkten aber ansonsten in direkter Konkurrenz zu letzteren und muss außerdem gleichzeitig die Hauptlast des Wohlfahrtsstaates tragen. Es müssen daher zunächst einmal die bestehenden Privilegien für den kurzfristig orientierten Finanzmarkt beseitigt oder gebührend durch Pflichten kompensiert werden, bevor wieder eine marktwirtschaftliche und langfristig orientierte Wirtschaftspolitik betrieben werden kann. Unser Vorbild ist das Wirtschaftsmodell der

---

<sup>3</sup> 737 Konzerne kontrollieren weltweit 80% der internationalen Kapitalgesellschaften. Vgl. Vitali, S., Glattfelder, J. B., Battiston, S.: The Network of Global Corporate Control, in: *PLoS ONE* 6 (10): e25995, 2011, S. 4.

„Sozialen Marktwirtschaft“, die bis in die 1990er Jahre im deutschsprachigen Raum die großen Konzerne und Banken durch gesellschaftliche Pflichten dem Nationalstaat gegenüber eingebunden hat. Dieses Modell war der angelsächsisch geprägten „Privilegierten Finanz-Oligarchie“ bezüglich Fairness und Nachhaltigkeit überlegen. Durch den Interessenausgleich über die „Soziale Marktwirtschaft“ war es möglich, neben den Interessen der Aktionäre und Kreditgeber auch die langfristigen Interessen der Unternehmen inklusive ihrer deutschen Arbeitnehmer zu berücksichtigen. Diesem Zusammenhalt der deutschen Wirtschaft – umgesetzt über die sogenannte „Deutschland AG“ - wurde in den letzten Jahrzehnten durch einseitig finanzmarktorientierte Gesetze die Grundlage entzogen, indem die Privilegien der Konzerne und Großbanken beibehalten, deren Pflichten jedoch systematisch verringert wurden. Das Hauptaugenmerk der Finanzinstitute gilt seitdem nicht mehr der an langfristigem Wachstum orientierten Kreditvergabe an regionale und nationale Unternehmen, sondern dem an kurzfristigen Profiten orientierten internationalen und anonymen Investment Banking. Die Ausrichtung des Finanzwesens auf die internationalen Kapitalmärkte bedeutet insbesondere eine Schwächung der Position des deutschen Mittelstandes und allgemein der wertschöpfenden Realwirtschaft. Die „Privilegierte Finanz-Oligarchie“ hat keine Verbesserung des Wettbewerbs, sondern im Gegenteil eine marktwirtschaftsfeindliche Privilegienwirtschaft, eine Plutokratie bzw. einen weltumspannenden Neo-Feudalismus hervorgebracht, was endlich klar benannt und beendet werden muss. Privat finanzierte Nichtregierungsorganisationen (NGO's) sowie das Oligopol der Wirtschaftsprüfungsgesellschaften spielen hierbei eine unrühmliche Rolle. Es liegt im gemeinsamen Interesse des Mittelstandes, der Arbeiter und Angestellten – langfristig sogar im Interesse derjenigen deutschen Konzerne, die ihre inländischen Wurzeln behalten wollen – die einseitigen Privilegien des Finanzsektors, denen zu wenig Pflichten gegenüberstehen, auszubalancieren.

*Arbeitskreisteam  
Wirtschaft und Energie  
AfD-Fraktion im  
Deutschen Bundestag*

*Dipl.-Volkswirt Hansjörg Müller, MdB  
Parlamentarischer Geschäftsführer  
Außenwirtschaftspolitischer Sprecher  
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag*

## **Problemstellung: Globalisierungsgewinner und -verlierer**

In ihrem „Programm für Deutschland“ bekennt sich die AfD zum „freien Wettbewerb“ und zur „Sozialen Marktwirtschaft“. Die einzelnen wirtschaftlichen Forderungen und Maßnahmen des Programms für Deutschland sind jedoch noch zu wenig aufeinander abgestimmt und bieten bisher nur stückweise Lösungsansätze betreffend die internationalen Handelsabkommen, die Digitalisierung, den Schutz freiheitlichen Unternehmertums und ähnliche Themen.<sup>4</sup>

Das **Ziel vorliegenden Diskussionspapiers** ist es, hierüber einen **umfassenden und in sich konsistenten volkswirtschaftlichen Rahmen zu spannen, der in der Programmatik der Alternative für Deutschland noch fehlt**. Solange diese programmatische Lücke nicht geschlossen ist, kann die AfD aus zwei Gründen noch keine Volkspartei werden, die sich auf Dauer im deutschen Parteiensystem verankert: Erstens liegen die Wurzeln der AfD mit der Eurokritik im volkswirtschaftlichen Bereich; eine Vollendung der Systematik ist hier unbedingt erforderlich. Zweitens kann die AfD nicht ohne Schärfung ihres freiheitlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsprofils die bestimmende Partei in Deutschland werden; die aktuelle thematische Verengung auf Migrationsfragen ist viel zu wenig.

**Wichtig:** „Der basisdemokratische Ansatz der AfD erfordert, dass diese Diskussion von unten nach oben erfolgt, von den Landesfachausschüssen Wirtschaft in den Bundesfachausschuss hinein, von den Landtagsfraktionen in die Bundestagsfraktion. Dazu muss als Ausgangspunkt ein in sich konsistenter Vorschlag existieren, der diskutiert und angepasst werden kann. Nicht mehr und nicht weniger ist die Funktion vorliegenden Diskussionspapiers!“

**Die Wirtschaftspolitik muss wieder darauf ausgerichtet werden, die Interessen der deutschen Unternehmen in Einklang mit den Interessen der deutschen Arbeiter, Angestellten und der Gesellschaft zu bringen.** Soweit die kleinen, binnenmarktorientierten und die großen, international tätigen mittelständischen Unternehmen inhabergeführt sind, besteht im Regelfall kein Zielkonflikt zwischen diesen Interessen. Inhaber sind konservativ, langfristig denkend und respektieren neben der Gewinnmaximierung auch ein Vaterland und das in ihm lebende Volk. Im Rahmen der „Deutschland AG“, die von 1949 bis in die 1990er Jahre hinein existierte, dachten und handelten aber auch die Vorstände und Aufsichtsräte der großen deutschen Konzerne konservativ, so dass die deutsche „Soziale Marktwirtschaft“ einen überlegenen Gegenentwurf zur angelsächsisch geprägten „Globalisierung“ darstellte. Die deutschen Finanzinstitute, Konzerne und Unternehmen waren miteinander verflochten und zogen im Wesentlichen an einem Strang – unter Berücksichtigung des nationalen Interesses. Damals konzentrierten sich die Banken auf die Kreditvergabe für produktive Wertschöpfung und nicht auf das Investment Banking, der Mittelstand war von der gnadenlosen

---

<sup>4</sup> [https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2018/01/Programm\\_AfD\\_Druck\\_Online\\_190118.pdf](https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2018/01/Programm_AfD_Druck_Online_190118.pdf)

Kapitalmarktlogik weitgehend entlastet<sup>5</sup> (Interessanter Vergleich zu den heutigen Relationen zwischen Finanz- und Realwirtschaft: im November 2018 betrug die Summe der Vermögenswerte aller Investmentfonds im Euroraum 12.566 Mrd. €, davon waren nur 401 Mrd. € in nicht-finanzielle Beteiligungen investiert, d.h. gerade einmal 3% fließen in die Realwirtschaft. In den Händen von Fondmanagern ist übrigens mehr Geld konzentriert, als das gesamte Brutto-Inlands-Produkt im Euroraum beträgt, 2017 waren das 11.165 Mrd. €)<sup>6</sup>.

Die Abwicklung der „Deutschland AG“ nach der Wende hat in diesem Bereich ein Vakuum hinterlassen. Die großen Konzerne und Finanzinstitute sind nun nicht mehr in das gesellschaftliche Ganze eingebunden und derzeit besteht die Situation, dass sie zwar gesetzlich bevorzugt behandelt werden, ihr betriebswirtschaftliches Interesse jedoch regelmäßig nicht mehr mit dem der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft in Einklang verläuft.

Indem wir zeigen, wie sich dieser untragbare und widersinnige Zustand beenden lässt, liefern wir gleichzeitig eine Antwort auf die größte Herausforderung auf dem Gebiet der Wirtschaft: die **wachsende Schere zwischen Globalisierungsgewinnern und Globalisierungsverlierern**. Bei Karl Marx verlief die Trennlinie zwischen den Gewinnern und Verlierern noch zwischen den Eigentümern der Produktionsmittel (den Unternehmern) und den besitzlosen Arbeitern. Die heutige, durch die „Globalisierung“ erzeugte Trennlinie verläuft anders. Links orientierte Autoren bemerken durchaus zurecht, dass eine regelrechte „**Privilegierte Finanz-Oligarchie**“ entstanden ist, welche **die Logik der „Sozialen Marktwirtschaft“ aushebelt und durch massive Lobbytätigkeit die Staatspolitik in zentralen Fragen gegen den Willen der Mehrheit, zum Schaden des Gemeinwohls und zum eigenen Vorteil beeinflussen kann**.<sup>7</sup> Die derzeit ablaufende „Globalisierung“ zeichnet sich dadurch aus, dass sie für eine Konzentration von Kapital und damit Macht bei ganz wenigen internationalen Investoren sorgt,<sup>8</sup> welche sich für die soziale Entwicklung der Gesellschaften, in denen sie ihre Gewinne machen, kaum interessieren.

Hauptsächlich wegen dieser Entwicklungen sind in den letzten Jahren globalisierungskritische Parteien weltweit als Gegenbewegung entstanden. Die AfD hat nun – im Gegensatz zur Partei „Die Linke“ – erkannt, dass sich **der inhabergeführte Mittelstand und die Arbeiterschaft gemeinsam gegen die neu entstandene Finanzoligarchie behaupten müssen. Beide würden gemeinsam von einem freiheitlichen Wirtschaftssystem mit deutlich weniger Umverteilung und geringerem Staatsanteil profitieren**: denn bereits untere bis mittlere Einkommensbezieher werden vom Staat

---

<sup>5</sup> Streeck, W. und Höpner, M.: Einleitung: Alle Macht dem Markt?, in: W. Streeck und M. Höpner (Hrsg.): *Alle Macht dem Markt? Fallstudien zur Abwicklung der Deutschland AG*. Frankfurt/New York: Campus, 2003

<sup>6</sup> EZB Statistics Bulletin: <https://sdw.ecb.europa.eu/reports.do?node=1000005>

<sup>7</sup> <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/die-herrschaft-der-finanzoligarchie-der-krieg-der-banken-gegen-das-volk-11549829.html>

<sup>8</sup> 737 Konzerne kontrollieren weltweit 80% der internationalen Kapitalgesellschaften. Vgl. Vitali, S., Glattfelder, J. B., Battiston, S.: The Network of Global Corporate Control, in: *PLoS ONE* 6 (10): e25995, 2011, S. 4.  
Quelle: <https://journals.plos.org/plosone/article/file?id=10.1371/journal.pone.0025995&type=printable>

durch überbordende Abgaben und Steuern an bzw. unter das Existenzminimum gedrückt<sup>9</sup>, weshalb **alle Leistungsträger der Gesellschaft** – Unternehmer, Angestellte, Arbeiter – ein **gemeinsames Interesse am Zurückdrängen** des „Moloch Staat“ haben sollten!

Unter den **Umständen der „Privilegierten Finanz-Oligarchie“** kann aber von **freiheitlicher Marktwirtschaft keine Rede mehr sein**. Freiheitlich ist eine Marktwirtschaft nämlich nur dann, wenn **Chancengleichheit** besteht.<sup>10</sup> Wenn dagegen einzelne Akteure die Macht haben, die Gesetzgebung in ihrem Sinne zu beeinflussen, pervertieren sie auf Dauer die Marktwirtschaft in ein neo-feudalistisches bzw. plutokratisches System. Im derzeitigen Wirtschaftssystem haben ausgesuchte Akteure die Möglichkeit, die weltweite Ressourcenallokation in ihrem Sinne zu beeinflussen. Die einfache Bevölkerung – mittelständische Unternehmer inklusive – dient hierbei nur als Manövriermasse für die Interessen des anonymen Finanzkapitals. **Es ist Aufgabe der Wirtschaftspolitik, diese Vermachtungen zu bekämpfen, Chancen- und Risikogleichheit aller Wirtschaftsteilnehmer zu gewährleisten und die freiheitliche Marktwirtschaft wiederherzustellen, die in Deutschland unter dem Attribut „sozial“ für einen fairen Interessenausgleich aller Marktteilnehmer bekannt war.**

Diese Rückbesinnung auf die heute weitgehend entmachteten Prinzipien der „Sozialen Marktwirtschaft“ ist in Wirklichkeit der moderne Weg nach vorn. Weil die „Globalisierung“, über die Dominanz der „Privilegierten Finanz-Oligarchie“, Strukturen in unserer Gesellschaft geschaffen hat, die an die feudalen Strukturen des Mittelalters erinnern. Die wenigen wirklichen globalen Entscheider spielen heute auf dem Rücken der Menschheit eine ähnliche Rolle wie damals die wenigen Könige und Fürsten auf dem Rücken ihrer Völker: aus der Konzentration wirtschaftlicher Macht erwächst politische Macht, über der es keine wirkungsvolle Instanz mehr gibt, vor der die Inhaber dieser Macht Rechenschaft ablegen müssten.<sup>11</sup> Und das ist das Hauptproblem! Unter diesem antiquierten, politökonomischen Herrschaftssystem zunehmender Rechtlosigkeit für ehemals freie Bürger wollen wir nicht leben.

**Definition: Wer gehört zur „Privilegierten Finanz-Oligarchie“, warum ist ihre Privilegierung für die freiheitliche Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung fatal?**

Natürlich braucht jeder Wirtschaftsraum Banken und einen effizienten Kapitalmarkt, wenn er funktionieren will. Unsere Kritik an der „Finanzialisierung“<sup>12</sup> der Weltwirtschaft richtet sich überhaupt nicht gegen Banken, welche die Realwirtschaft langfristig finanzieren, wir begrüßen deren Wirken sogar ausdrücklich.

---

<sup>9</sup> Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW): *Grenzbelastungen im Steuer-, Abgaben- und Transfersystem*, erstellt im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, Kap. 3.

<sup>10</sup> Hamer, E. und Hamer, E.: Globalisierung – theoretisch scheinbar nützlich, unter falschen Prämissen aber schädlich, in: Hamer, E. und Hamer, E. (Hrsg.): *Der Welt-Geldbetrug*, 4. Aufl. Unna: Aton, 2012, S. 11-35, hier: S. 23

<sup>11</sup> Vgl. Fußnoten 2 und 3

<sup>12</sup> Die immer weiter steigende Bedeutung des Finanzsektors zu Lasten des Realsektors nennt man auch „Finanzialisierung“.

Unsere Kritik richtet sich gegen die Etablierung paralleler Herrschaftsformen an den demokratisch gewählten Institutionen vorbei. Wir kritisieren die Pervertierung der Marktwirtschaft unter Ausschaltung ihrer ordoliberalen Gestaltungskraft. Hinter der Maske eines angeblich freien, globalen Marktes ist eine weltweit tätige Oligarchie entstanden, der die Akteure in Wirtschaft und Politik machtlos gegenüberstehen. Zu dieser Oligarchie gehören Organisationen unter der Kontrolle ganz weniger, globaler Entscheider, welche die Beschlüsse demokratisch gewählter, nationaler Parlamente nach Gutdünken beeinflussen und aushebeln. Das geht zu Lasten der Leistungsträger in den jeweiligen Ländern wie Unternehmer, Arbeiter und Angestellte, die Entscheidungen zu Gunsten Anderer zwar finanzieren aber nicht mitentscheiden dürfen. **Die Organisationen, die zu dieser Oligarchie gehören, fassen wir unter dem Begriff „Privilegierte Finanz-Oligarchie“ zusammen, weil hinter ihnen der Einfluss von sehr viel Kapital steht, das sich eigene Regeln schafft:**

1. Supranationale Organisationen wie das Weltwirtschaftsforum<sup>13</sup> und die EU<sup>14</sup>: Sie maßen sich an, ihre Vorstellungen von Europa und der Welt den betroffenen Völkern ungefragt überzustülpen, mit der Vision der Vereinigten Staaten von Europa bzw. einer Weltregierung. Diese supranationalen Staatsformen können nur totalitär funktionieren, weil sie an die Stelle ehemals freier Entscheidungen vieler freier Menschen (Unternehmer, Arbeiter, Angestellte) das Zwangskorsett eines zentralisierten Oligopols zu Gunsten ganz weniger setzen. **Systeme, die de-facto nach totalitären Mechanismen funktionieren - auch wenn sie sich selbst als demokratisch bezeichnen - verunmöglichen freiheitliches Wirtschaftstreiben.**
2. Nichtregierungsorganisationen (NGO's): Problematisch sind NGO's dann, wenn hinter ihnen eine einzige Person oder ein kleiner Kreis ausgewählter Entscheider stehen, deren Kapitalmacht größer ist als die Kapitalmacht betroffener Staaten, gegen die sie agieren.<sup>15</sup> Um diese Bündelung der Kapitalmacht in einer einzigen Person oder einem kleinen Personenkreis im Hintergrund zu halten, bestehen solche NGO's aus intransparenten Vernetzungen mehrerer Gesellschaften. Fundiert belegt sind beispielsweise die zahlreichen Vernetzungen von George Soros, dessen Aktivitäten man als eine die Welt untergrabende, private Schattenregierung bezeichnen kann. Diese private Schattenregierung destabilisiert über gewaltsame Regierungswechsel Länder und Regionen (z.B. Jugoslawien, sogenannter Arabischer Frühling, Ukraine) bzw. nötigt deren Wirtschaftsräume finanziell (z.B. Spekulation gegen das Pfund in Großbritannien).<sup>16 17 18</sup> Er bedient sich dabei eigener NGO's wie dem „Open Society Institute“ und dem „Project Syndicate“, welches

---

<sup>13</sup> World Economic Forum, Globale Regierung: (<https://www.weforum.org/agenda/archive/global-governance/>)

<sup>14</sup> Ziele der EU: [https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-and-goals/overall-goals-eu\\_de#ziele-der-eu](https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-and-goals/overall-goals-eu_de#ziele-der-eu)

<sup>15</sup> Thilo Spahl, Ludger Weiß, Thomas Bauer auf e. Podiumsdiskussion zum Thema NGOs – die fünfte Gewalt, ausgerichtet von Magazin Novo – Argumente für den Fortschritt, zit.n. Junge Freiheit Nr. 31-32 (17-28. Juli 2017), die fünfte Gewalt, S-6

<sup>16</sup> Europa? Gibt's doch nicht mehr. Interview mit George Soros, in: Wirtschaftswoche, Ausg.v. 4. Jan. 2016 ([www.wiwo.de](http://www.wiwo.de))

<sup>17</sup> Thomas Barnett, The Pentagon Maps. War and Peace in the Twentieth Century, New York 2004, zit.n. Richard-Melisch, Der letzte Akt, Tübingen:Grabert 2007

<sup>18</sup> George Soros spendet 80 Prozent seines Vermögens und will Steuern sparen, in: Die Welt, Ausg. v. 18.10.2017 ([www.Welt.de/wirtschaft/artivle169748287/GeorgeSoros-spend/...](http://www.Welt.de/wirtschaft/artivle169748287/GeorgeSoros-spend/...))



Massenmedien in vielen Sprachen manipuliert. Dieses Beispiel zeigt anschaulich, wie ein einziger, kapitalkräftiger Repräsentant der „Privilegierten Finanz-Oligarchie“ die gewählten Repräsentanten von Staaten steuern kann.<sup>19 20</sup>

Zum Umfeld der NGO's gehören geopolitische Denkfabriken, die politische, wirtschaftliche und militärische Analysen zum Zweck harter Interessendurchsetzung anfertigen. Je nach defensiver oder offensiver Anwendung dieser Handlungsempfehlungen können Firmenstrategien von Unternehmen fremdbestimmt oder Länder und Regionen destabilisiert werden. Ein Beispiel unter mehreren ist die Organisation *IISS*, die weltumspannend auf dieser Klaviatur in den Bereichen Wirtschaft, Politik und Militär spielt.<sup>21</sup>

3. Finanz-Beteiligungs-Konglomerate: Blackrock wurde oben schon genannt. Zu den Finanz-Beteiligungs-Konglomeraten gehören die ebenfalls schon besprochenen Investmentbanken wie Goldman Sachs. Zu dieser Gruppe gehören auch Staatsfonds aus Norwegen, China oder arabischen Staaten, die sich weltweit an Unternehmen beteiligen. Die reine Finanzierung wirtschaftlichen Wachstums ist notwendig und in Ordnung. Kritisch ist die gleichzeitige Beteiligung ein- und desselben Finanz-Beteiligungs-Konglomerates an Unternehmen, die auf einem Marktsegment im Wettbewerb zueinanderstehen. Wie z.B. im Chemiebereich an Bayer und Monsanto gleichzeitig.<sup>22</sup> Durch illegalen Informationsaustausch über den gleichen Eigentümer werden der Wettbewerb ausgehebelt und die eigentlich verantwortlichen Geschäftsführungen umgangen, Konzernoligopole weltweit noch mehr zentralisiert.
4. Die „Big Four“ der Wirtschaftsprüfung, PriceWaterhouseCoopers PWC, Ernst & Young EY, KPMG, Deloitte:<sup>23</sup> Hier bestehen die gleichen Probleme mit der weltweiten Oligopolbildung durch illegalen Informationsaustausch wie bei den Finanz-Beteiligungs-Konglomeraten. Die Wirtschaftsprüfer prüfen in der Regel mehrere Unternehmen aus einer Branche und erreichen dadurch einen Informationsvorsprung gegenüber jedem einzelnen dieser Unternehmen. Dieser Informationsvorsprung besteht auch gegenüber politischen Entscheidungsträgern, die über politisches Lobbying von den „Big Four“ in ihrem Sinne beeinflusst werden. Ein Bericht des ARD-Magazins „Die Story im Ersten: Die unheimliche Macht der Berater“<sup>24</sup> vom 25.2.2019 arbeitet klar heraus, wie die „Big Four“ Unternehmen prüfen und gleichzeitig beraten: erst eignen sie sich Wissen mittels Prüfaufträgen an und verkaufen dieses Wissen anschließend an ihre eigenen Kunden wie auch an deren direkte Wettbewerber. Über lobbyistische Einflussnahmen auf

---

<sup>19</sup> Geheimes Dokument geleakt: Die „verlässlichen“ EU-Abgeordneten des George Soros ([www.info-direkt.eu/2017/02/18/...](http://www.info-direkt.eu/2017/02/18/))

<sup>20</sup> George Soros und sein Plan zur Kolonialisierung Europas, in: Info-Direkt v. 06.02.2017 ([www.info-direkt.eu/2017/02/06/...](http://www.info-direkt.eu/2017/02/06/))

<sup>21</sup> <https://www.iiss.org/contact-us/washington>

<sup>22</sup> <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/m Monsanto-und-bayer-bei-bayer-und-monsanto-reden-auf-beiden-seiten-dieselben-investoren-mit-1.3170377>

<sup>23</sup> Vgl. Fußnote 2

<sup>24</sup> [https://programm.ard.de/TV/daserste/die-unheimliche-macht-der-berater/eid\\_281061230661314](https://programm.ard.de/TV/daserste/die-unheimliche-macht-der-berater/eid_281061230661314)

politische Entscheidungsträger schreiben sie sich die Gesetze selbst, die ihre vorhandenen Privilegien auf dem Finanz-Markt weiter verstärken.

**Der bisherige Ansatz marktwirtschaftlich orientierter Autoren in Richtung Steuerentlastungen, Bürokratieabbau und Befreiung der Wirtschaft von administrativen Fesseln ist richtig. Doch greift er viel zu kurz und kann überhaupt keine Lösungen hervorbringen, solange die beschriebenen Vermachtungen der Globalisierung weder kritisiert noch beseitigt werden: weil sie die Wurzel des Übels sind. Die Ursachen sind zu bekämpfen, nicht die Symptome! FDP und CDU/CSU trauen sich nicht. SPD, GRÜNE und LINKE können es nicht. Die AfD kann es, aber sie muss sich endlich trauen, die Wurzel des Übels anzuprangern und anzupacken, weil sie dadurch ein Alleinstellungsmerkmal unter allen politischen Parteien in Deutschland erhält – als einzige Partei, die für komplexe, wirtschaftliche Zusammenhänge auch differenzierte LÖSUNGEN anbietet!**

Ebenso ist richtig, dass die AfD ihren Wählern diese vielschichtigen Zusammenhänge zwischen Unternehmen und Politikern, zwischen nationaler und globaler Wirtschaft – zentralistisch koordiniert über die „Privilegierte Finanz-Oligarchie“ - nicht auf einen Schlag vermitteln kann. Dazu sind diese Zusammenhänge zu komplex, das gelingt nur Schritt für Schritt. **Die Funktion vorliegenden Diskussionspapiers besteht darin, eine parteiinterne Diskussion in Gang zu setzen, damit sich unsere Mitglieder und Entscheidungsträger über diese Zusammenhänge erst einmal bewusst und einig werden. Jede wirtschaftspolitische Einzelforderung der AfD in jedem einzelnen Wahlkampf - auf den vier Ebenen Kommune/Land/Bund/Europa - ergibt erst dann Sinn, wenn sie aus einem gemeinsamen wirtschaftspolitischen Leitbild erwächst. Daraus lassen sich dann LÖSUNGEN entwickeln, differenziert angewendet auf jedes konkrete Einzelthema in jedem einzelnen Wahlkampf.**

### **Ein wesentlicher Faktor: Privilegien für den Finanzmarkt ohne Pflichten**

Bis in die 1990er Jahre war im mitteleuropäischen Raum noch das Bewusstsein dafür vorhanden, dass ein effizienter Finanzsektor auf bedeutenden Privilegien für Kapitalgesellschaften beruht (zu diesen Privilegien siehe unten S. 11-15). Aus diesem Grunde war im deutschen Wirtschaftsmodell der „Sozialen Marktwirtschaft“ grundsätzlich dafür gesorgt, dass Aktiengesellschaften und Großbanken ihre bevorzugte Stellung nicht auf Kosten der restlichen deutschen Wirtschaft, v.a. des Mittelstandes und der Arbeitnehmer, ausnutzten. Reste davon zeigen sich bis heute im deutschen Aufsichtsratsmodell einschließlich der Mitbestimmung der Arbeitnehmer und weiterer interessierter Gruppen wie der Kreditgeber, Kunden und Zulieferer. Im Rahmen der „Deutschland AG“ waren große Unternehmen außerdem grundsätzlich gesellschaftlich eingebettet, was sich in konzentrierten Eigentümerstrukturen und vielfältigen Verflechtungen zwischen Unternehmen und Banken äußerte. Dies verringerte den Einfluss des internationalen Kapitalmarktes auf Deutschland massiv, was

Deutschland unabhängig und stark gegenüber ausländischen Finanzanlegern machte. Diese waren und sind ganz im Gegenteil daran interessiert, über den Einfluss zentralistischer, supranationaler Organisationen wie der EU eine selbstbestimmte deutsche Wirtschaftspolitik zu verhindern und die deutsche Industrie durch Aufkaufen immer weiter in ihren Einflussbereich einzugliedern. Mittlerweile sind mehr als die Hälfte der Aktien der Dax-Konzerne (ca. 53,7 %) in nicht-deutscher Hand.<sup>25</sup> Als die „Soziale Marktwirtschaft“ noch funktionierte, sahen sich die deutschen Großbanken und Versicherer ausdrücklich als Finanziere der eigenen Wirtschaft und betrieben aktive Industriepolitik für Deutschland. Dies war politisch gewollt und wurde auch durch die entsprechende Gesetzgebung unterstützt.<sup>26</sup>

In den letzten 30 Jahren kam es zu einer immer stärkeren Anpassung der deutschen und europäischen Wirtschaft an das angelsächsische Modell der „Privilegierten Finanz-Oligarchie“. Die alten Privilegien blieben dabei bestehen und wurden sogar um neue ergänzt. Die Beschränkungen allerdings, die einen gesellschaftlichen Ausgleich im öffentlichen Interesse geschaffen hatten, wurden schrittweise im Namen einer falsch verstandenen Liberalisierung und „Globalisierung“ abgebaut.<sup>27</sup> Wer im internationalen Investmentbanking Erfolg haben will, darf allenfalls distanzierte und neutrale Beziehungen zu den Industrieunternehmen des eigenen Landes unterhalten. Eine enge Verflechtung der Unternehmen und Banken im Interesse der heimischen Wirtschaft ist dabei nur hinderlich.

Im Modell der „Privilegierten Finanz-Oligarchie“ geraten zahlreiche Produkte in den Sog der Finanzmärkte und werden so umgestaltet, dass sie nach der Logik von Wertpapieren funktionieren und somit dem Zugriff der Finanzmärkte ausgesetzt werden. Ein bekanntes Beispiel aus jüngerer Zeit sind die amerikanischen Hypothekendarlehen, die vor der Finanzkrise gebündelt und zu Wertpapieren verbrieft und damit zu anonymen Spekulationsobjekten wurden. Es ist diese direkte oder indirekte Angliederung ursprünglich realwirtschaftlicher Produktmärkte an den Finanzmarkt, die dazu führt, dass der Anteil, den die im Finanzsektor erwirtschafteten Gewinne an den Gesamtgewinnen der Volkswirtschaften haben, immer größer wird – und mit dieser Bedeutung steigen die politischen Einflussmöglichkeiten. Der Anteil der Gewinne des Finanzsektors lag in den USA bereits vor der Finanzkrise bei über 35 Prozent, aber auch in Deutschland ist er in den letzten Jahren deutlich gewachsen.<sup>28</sup> Die Dominanz des Finanzmarktes hat in den letzten Jahrzehnten zu einer ungeheuren **Ausdehnung des Finanzsektors zu Lasten der Realwirtschaft** geführt. Wie eine Studie der OECD 2015 festgestellt hat, ist die weltweit vorhandene Kreditmenge seit den 1960er-Jahren dreimal schneller gewachsen als die wirtschaftliche Aktivität.<sup>29</sup>

Aus der Ausdehnung und der vordergründigen Liberalisierung des Finanzmarktes darf aber nicht gefolgert werden, die „Privilegierte Finanz-Oligarchie“ sei eine reinere Form des Wettbewerbs. Im

---

<sup>25</sup> [https://www.welt.de/print/die\\_welt/finanzen/article175829837/Dax-in-auslaendischer-Hand.html](https://www.welt.de/print/die_welt/finanzen/article175829837/Dax-in-auslaendischer-Hand.html)

<sup>26</sup> Streeck, W. und Höpner, M.: Einleitung a.a.O., S. 18 ff.

<sup>27</sup> Lütz, S. und Eberle, D.: Mechanismen institutionellen Wandels im deutschen Kapitalismus, in: *Berliner Journal für Soziologie* 18 (4), 2008, S. 575-595

<sup>28</sup> Nölke, A.: Finanzialisierung als Kernproblem eines sozialen Europas, in: *WSI Mitteilungen* 1/2016, S. 41-48

<sup>29</sup> <http://www.oecd.org/eco/monetary/finance-growth-inequality.htm>

Gegenteil! Soziologen sprechen für die Akteure des Finanzsektors sogar von einer „**Entmarktlichung**“ ihres Umfeldes. Diese erwerben ihr Einkommen und Vermögen nicht durch Leistung, sondern hauptsächlich auf Grundlage von Privilegien, die sie vor Wettbewerb schützen. Sie sind „**Plutokraten**“ und Vorboten einer „**Re-Feudalisierung**“ der westlichen Gesellschaft. Dieser Finanzoligarchie stehen **sowohl Arbeiter als auch mittelständische Unternehmer gemeinsam** gegenüber. Durch die Schwächung der Gewerkschaften, die Kürzung der sozialpolitischen Anrechte und die Internationalisierung des Wettbewerbs erleben die deutschen Arbeiter ganz im Gegenteil eine „**Vermarktlichung**“ ihrer Lebenssituation<sup>30</sup>. Ähnliches gilt für die erschwerte Kreditaufnahme aufgrund der „Basel“-Kriterien und die bürokratische EU-Regulierungswut; hier trifft es die mittelständische Unternehmerschaft in Deutschland.

Die oben genannte OECD- Studie macht im Übrigen auch auf den **Zusammenhang zwischen dem Finanzsektor und der wachsenden Ungleichheit** aufmerksam. In einer Simulation für die OECD-Länder kommt sie zu dem Ergebnis, dass „von einer Erhöhung des Finanzmarktanteils am Bruttoinlandsprodukt alle Einkommensschichten einen Nachteil hätten mit Ausnahme der obersten 10 Prozent.“

Die Wirtschaftspolitik für eine „faire & nachhaltige Wirtschaftsordnung“ knüpft bei der Einordnung des Phänomens der „Privilegierten Finanz-Oligarchie“ an die intellektuellen Väter der „Sozialen Marktwirtschaft“ an. Den Ordoliberalen um Walter Eucken war klar, **dass bestimmte rechtliche und institutionelle Bedingungen erfüllt sein müssen, wenn der Wettbewerb seine organisatorische Aufgabe wahrnehmen können soll**. Wo diese Bedingungen nicht erfüllt sind, wird es zu gravierenden Fehlentwicklungen innerhalb der Marktwirtschaft kommen. Insbesondere Machtzusammenballungen dürfen nicht geduldet werden, **was Walter Eucken in dem markanten Satz ausdrückte: „Es sind also nicht die sogenannten Missbräuche wirtschaftlicher Macht zu bekämpfen, sondern wirtschaftliche Macht selbst.“**<sup>31</sup>

Die oft geäußerte Annahme, dass staatliche Gesetzesmacht ein größeres Problem als private Marktmacht sei, verkennt, dass weltweit tätige Finanz-Beteiligungs-Konglomerate oder privatfinanzierte NGO's sehr wohl in der Lage sind, Staaten zu dominieren bzw. deren nominelle Entscheider aus dem Hintergrund zu steuern.<sup>32</sup>

Die Akteure auf dem Finanzsektor werden nun an zahlreichen Stellen rechtlich und institutionell bevorzugt. **Als vielleicht größtes Privileg kann die Existenz heutiger Zentralbanken verstanden werden, die – wie die Federal Reserve Bank der USA – zum Teil sogar privat sind**. Um ihr Ziel der niedrigen Preisinflationsrate zu erreichen, müssen sie im gegenwärtigen, kreditbasierten

---

<sup>30</sup> Neckel, S.: Die neuen Oligarchien — Vorboten der Reifeudalisierung; in: *Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte*, Heft 6/2016, S. 20-23.

<sup>31</sup> Zitiert von: Oswald, W. Was ist Ordnungspolitik? in: Oswald, W. (Hrsg.): *Eucken. Ordnungspolitik*, München: LIT, 1999, S. 63

<sup>32</sup> Vgl. FN 15 ff. Siehe auch die Vorwürfe Viktor Orbáns gegen George Soros im Detail: <http://www.kormany.hu/en/the-prime-minister/the-prime-minister-s-speeches/viktor-orbans-festrede-zum-170-jahrestag-der-revolution-und-des-freiheitskampfes-von-1848-49>

Geldsystem unter allen Umständen vermeiden, dass die Geschäftsbanken zusammenbrechen, und das können sie wiederum nur dadurch erreichen, dass sie einen Einbruch des Wertpapiermarktes verhindern.<sup>33</sup> In der Eurokrise hat die Europäische Zentralbank (EZB) sogar ganz bewusst und aktiv die südeuropäischen Staaten und deren Bankensystem vor dem Einfluss des Kapitalmarktes geschützt, indem sie es den nationalen Notenbanken erlaubt hat, eigenständig billige Kredite gegen fragwürdige oder gar keine Sicherheiten zu vergeben.<sup>34</sup> Die EZB hat hier als **Kreditgeber letzter Instanz** fungiert, eine Korrektur durch den Markt verhindert und somit die betroffenen Banken und Staaten gerettet. Indem es nun für die großen, systemrelevanten Banken implizit eine Rettungsgarantie gibt, ist die Geldpolitik in Abhängigkeit von den großen Geldinstituten geraten, deren Fortbestand sie gewährleisten muss. **Von einer derart privilegierten Stellung können Akteure jenseits des Finanzsektors nur träumen. Für kleine Unternehmen, die über keine derartigen Garantien verfügen, ist das ein eindeutiger Wettbewerbsnachteil.**<sup>35</sup>

Ähnlich sieht es aus mit den **staatlichen Rettungsgarantien für große Banken** (Stichwort „too big to fail“). Auch diese sind eigentlich nichts anderes als explizite und implizite Subventionen für die Anteilseigner und Gläubiger der Banken. Die Gewinne werden privat vereinnahmt, die Verluste über die Steuerzahler sozialisiert. Die staatlichen Markteingriffsinstrumente (z.B. Europäischer Stabilitätsmechanismus ESM) sind gar nicht dazu da, die südeuropäischen Staaten zu retten, sondern die westlichen Banken, die in diesen Ländern Anlagen getätigt haben.<sup>36</sup> Es darf aber nicht Aufgabe des Staates oder der Zentralbanken sein, den privaten Eigentümern auf dem Finanzsektor drohende oder anfallende Verluste abzunehmen und sie auf die Steuerzahler zu überwälzen. **Dies bedeutet außerdem nichts anderes als eine zusätzliche Belastung der Realwirtschaft, v.a. des Mittelstandes, der Arbeiter und der Angestellten mit Steuern und Risiken.**

Ähnliche Privilegien ziehen sich durch den Bereich der Großbanken und Konzerne. Schon Eucken hat darauf aufmerksam gemacht, dass eigentlich sämtliche Kapitalgesellschaften insofern privilegiert sind, als ihre Haftung auf das Unternehmenskapital beschränkt ist und **die persönliche Haftung der Anteilseigner aufgehoben** ist.<sup>37</sup> In einer Wettbewerbsordnung habe aber die handelnde Person zu haften. Wenn nur die juristische Person (die Kapitalgesellschaft) haftet, werde die persönliche Haftung abgewälzt und damit **ein wesentlicher Bestandteil der marktwirtschaftlichen Lenkungsmechanik außer Kraft gesetzt**. Im Rahmen der „Sozialen Marktwirtschaft“ – umgesetzt über die damalige „Deutschland AG“ – war noch dafür gesorgt, dass sich die Vorstände und Aufsichtsräte trotz Haftungsbeschränkungen im Wesentlichen konform zu Art. 14 (2) GG verhielten, wo es heißt: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit

---

<sup>33</sup> Hülsmann, J. G.: *Krise der Inflationkultur*. München: FinanzBuch Verlag, 2013, Kapitel 8.

<sup>34</sup> Sinn, H.-W.: *Die Target-Kredite der Deutschen Bundesbank*. Sonderausgabe des ifo Schnelldienstes vom 21.3.2012, Abschnitt 3. Quelle: [http://www.cesifo-group.de/DocDL/Sd\\_Sonderausgabe\\_20120321.pdf](http://www.cesifo-group.de/DocDL/Sd_Sonderausgabe_20120321.pdf)

<sup>35</sup> Bernanke, B. *Financial Reform to Address Systemic Risk*, Rede beim Council on Foreign Relations, Washington, D.C., 2009. Quelle: <https://www.federalreserve.gov/newsevents/speech/bernanke20090310a.htm>

<sup>36</sup> Varoufakis, Y. et al.: *Bescheidener Vorschlag zur Lösung der Eurokrise*. München: Kunstmann

<sup>37</sup> Eucken, W.: *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, 7. Aufl. Tübingen: Mohr Siebeck, 2004, Kapitel 16.6.

dienen.“ In der „Privilegierten Finanz-Oligarchie“ ergibt es keinen Sinn mehr, ja es gereicht sogar zum Nachteil, sich an diese Formel zu halten.

Kritiker einer Wiedererrichtung der „Deutschland AG“ merken an, dass diese ebenso als Klüngelwirtschaft gesehen werden könne, wie die „Privilegierte Finanz-Oligarchie“. Ja und nein. Einerseits war die „Deutschland AG“ ein Netzwerk gegenseitiger Einflussnahme, andererseits beschränkte sich dieses Netzwerk auf die nationale Ebene und erhob keinen globalen Alleinvertretungsanspruch. Es handelte sich vielmehr um Überkreuzinvestitionen unter Regie der deutschen Finanzwirtschaft und Politik, um einen Ausverkauf der deutschen Wirtschaft an das Ausland zu verhindern. Damit ist die „Deutschland AG“ ordnungspolitisch als positiv zu bewerten, weil es ohne nationale Gegenmacht gegen die globale Macht der „Privilegierten Finanz-Oligarchie“ nicht geht. **Der Gegenentwurf lautet: Zusammenarbeit einer neuen – souveränen und von der EU unabhängigen (!) - „Deutschland AG“ mit gleichartigen „Länder-AG’s“ in Italien, China, USA, Russland, Brasilien usw., um die schrankenlose Macht der globalen „Privilegierten Finanz-Oligarchie“ wieder in eine internationale Ordnung zu integrieren: diese neue, internationale Ordnung ist jetzt weltweit im Entstehen begriffen.**

Ein Privileg für Kapitalgesellschaften besteht darin, diese miteinander zu verschachteln, womit multinationale Unternehmen durch die Wahl geeigneter Verrechnungspreise in die Lage versetzt werden, ihre **Gewinne in Ländern anfallen zu lassen, wo es für sie steuerlich am günstigsten ist.**<sup>38</sup>

**Multinationale Großkonzerne zahlen so im Schnitt 20 bis 30 Prozent weniger Steuern als Mittelständler.**<sup>39</sup> Die Chancenungleichheit zwischen den großen Kapitalgesellschaften und dem Mittelstand ist hier offensichtlich.

Ein weiteres Privileg, das mit der „Privilegierten Finanz-Oligarchie“ in Deutschland Einzug gehalten hat, besteht darin, dass Unternehmen, die sich auf den internationalen Kapitalmärkten finanzieren, sich über das Internationale Rechnungslegungsstandardgremium **ihre eigenen Rechnungslegungsstandards (IFRS)** geben können, nach denen sie ihre Anteilseigner informieren und ihre Gewinne berechnen. Die von ihnen aber auch von der EU bevorzugte **marktorientierte Bewertung von Vermögensgegenständen** (Zeitwertbilanzierung oder Fair-Value-Bilanzierung) stammt aus dem angelsächsischen Raum und lehnt sich eng an die kurzfristige Perspektive des Finanzsektors an. Adressat der Rechnungslegung sind nurnmehr die internationalen Investoren, aus deren Sicht ausschließlich der „**Shareholder-Value**“ eines Unternehmens zählt, also dessen aktueller Marktwert. Ziel ist es, Unternehmensanteile jederzeit verkaufen oder kaufen zu können und die Zeitwertbilanzierung soll die hierzu nötigen Informationen liefern.

Die klassische **HGB-Bilanzierung nach Anschaffungskosten** orientiert sich dagegen nicht allein am Aktionärs- und Investoreninteresse, also an der Frage, wann und zu welchem Preis die

---

<sup>38</sup> Lawson T. The Modern Corporation: The Site of a Mechanism (of Global Social Change) that Is Out-of-Control? in: Archer M. (Hrsg.): *Generative Mechanisms Transforming the Social Order*. Cham et al.: Springer, 2015, S. 205-230, hier S. 208.

<sup>39</sup> <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/steuerflucht-die-multis-zahlen-30-prozent-weniger-steuern-13263752.html>

Unternehmensanteile auf dem Finanzmarkt gehandelt werden können. Sie ist stattdessen auf die Produktivität der Unternehmen ausgerichtet. Investitionen in wertschöpfende Produktions-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen zahlen sich nur langfristig aus. Der aktuelle Marktwert ihrer Anlagen spielt für diese Betrachtung nur eine untergeordnete, wenn nicht gar irrelevante Rolle.<sup>40</sup> Bei dieser Art der Rechnungslegung steht die bilanzierende Firma selbst im Mittelpunkt – vor allem ihr langfristiges Prosperieren inklusive ihrer Mitarbeiter – was für die „Privilegierte Finanz-Oligarchie“ nicht von Interesse ist, die auf kurzfristige Gewinnmaximierung abzielt. In Verbindung mit der staatlichen Rettungsgarantie für große Banken und der generellen Haftungsbeschränkung für Kapitalgesellschaften ist die Möglichkeit, sich selbst eigene Rechnungslegungsstandards zu geben, fast schon eine Einladung dazu, sich die Gewinne und Aktienwerte im Aufschwung schönzurechnen, da die drohenden Verluste im Abschwung ja sozialisiert werden können. Nichts anderes ist im Zuge der Finanzkrise des Jahres 2008 geschehen.<sup>41</sup>

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass eine Summe sich wechselseitig verstärkender Privilegien für die börsennahen Akteure des Finanzsektors besteht – also hauptsächlich für von internationalen Managern anonym geführte Banken, Finanz-Beteiligungs-Konglomerate, Kapitalgesellschaften und Konzerne – die zu Lasten der inhabergeführten Unternehmen des Mittelstandes, ihrer Mitarbeiter und des gesamtgesellschaftlichen Gemeinwohls gehen.

## **Die Lösung: Faire & nachhaltige Wirtschaftspolitik auf nationalstaatlicher Basis**

Der oben beschriebene Zustand ist nicht mehr hinnehmbar. Die weltweit zunehmende, einseitige Bevorzugung einiger weniger, großer Akteure zerstört nicht nur den marktwirtschaftlichen Wettbewerb, sondern auch das Vertrauen in unser demokratisches politisches System und fördert damit die Radikalisierung in allen politischen Lagern. Wenn für das Funktionieren von Großunternehmen und Großbanken Vorrechte gewährt werden, dann muss diesen Vorrechten ein gesellschaftlicher Ausgleich gegenüberstehen. Dies war der Wesenskern der „Sozialen Marktwirtschaft“ gewesen, bevor sie seit spätestens den 1990er Jahren ausgehöhlt wurde. Wenn der gesellschaftliche Ausgleich von den Profiteuren der „Globalisierung“ nun aber vehement abgelehnt wird, müssen die vorhandenen Privilegien eben per gesetzlicher Regelungen abgebaut werden. **Diese gesetzlichen Regelungen können nur noch auf der Ebene souveräner Nationalstaaten erfolgen, weil die supranationalen Organisationen wie EU, WTO, IWF, Weltwirtschaftsforum usw. von den Akteuren des globalisierten Finanzmarktes bereits zu stark dominiert werden.** Damit ist klar, warum eine „faire & nachhaltige Wirtschaftsordnung“ nur auf der Basis sich gegenseitig

---

<sup>40</sup> Nölke, A.: Politik der Finanzialisierung. Zum Wohlfahrtsbeitrag des Finanzsektors in Rechnungslegungsstandards und volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung, in: Heires, M. und Nölke, A. (Hrsg.): *Politische Ökonomie der Finanzialisierung*. Wiesbaden: Springer VS, 2014, S.79-94, hier S. 83.

<sup>41</sup> Schildbach, T.: *Fair Value Accounting. Konzeptionelle Inkonsistenzen und Schlussfolgerungen für die Rechnungslegung*. München: Franz Vahlen, 2015, Kapitel 8.

respektierender, souveräner Nationalstaaten funktionieren kann, die zuvorderst die Interessen ihres jeweiligen, heimischen Wirtschaftsraumes vertreten!

Wenn wir den bestehenden Zustand ändern wollen und das betriebswirtschaftliche Interesse auch der Großunternehmen wieder in Einklang mit den Interessen des Gemeinwohls in Deutschland bringen wollen, dann bedeutet das überhaupt nicht, dass wir Deutschen das auf Kosten anderer Nationen erreichen wollen. Vielmehr sind wir der Überzeugung, dass unser Konzept „faire & nachhaltige Wirtschaftsordnung - heimische Wirtschaft zuerst“ in allen Staaten der Erde angewendet werden kann, in denen sich die politische und wirtschaftliche Führung noch loyal gegenüber ihren eigenen Bürgern verhält. Es würde der Wirtschaft **aller** Nationen guttun, sich von der neo-feudalistischen, plutokratischen Privilegienwirtschaft der „Privilegierten Finanz-Oligarchie“ loszusagen. Dazu ist eine internationale Zusammenarbeit der betroffenen Staaten notwendig, die zuerst ihre nationale Souveränität gegenüber zentralistischen, supranationalen Organisationen wiedergewinnen müssen, um das Konzept anschließend auf gleichberechtigter Basis, gemeinsam mit anderen Nationalstaaten, umzusetzen. Als Beispiel gebend kann die aktuelle Politik Ungarns unter Staatspräsident Orban gegenüber der EU herangezogen werden. Die USA unter Präsident Trump verfolgen eine ähnliche Politik und aufgrund des Gewichtes der USA in der weltweiten Wirtschaft und Politik ist zu erwarten, dass sich diese neue Linie auch in Europa durchsetzen wird, trotz der erbitterten Widerstände der Brüsseler Bürokratie und ihrer Erfüllungsgehilfen in Berlin, Paris und anderen Hauptstädten.

Alle, die das kulturelle, menschliche und wirtschaftliche Erbe ihrer jeweiligen Region oder Nation bewahren wollen, haben ein Interesse daran, den Einfluss der globalzentralistischen Kräfte – welche die marktwirtschaftlichen Selbstregulierungsmechanismen weltweit untergraben – gemeinsam zurückzudrängen. An erster Stelle kommt diese vornehme Aufgabe dem inhabergeführten Mittelstand zu. Man könnte versucht sein, zu fordern: **„Mittelständler aller Länder, vereinigt Euch!“**

Dabei ist zu betonen, dass das Konzept „faire & nachhaltige Wirtschaftsordnung - heimische Wirtschaft zuerst“ nicht nur für kleinere, binnenmarktorientierte Unternehmen gewinnbringend ist. Auch für größere und international tätige mittelständische Unternehmen wird es auf Dauer von Vorteil sein, wenn sie rechtlich und steuerlich nicht mehr benachteiligt werden durch Vorrechte für ihre direkten Konzernkonkurrenten. Gerade die großen, exportorientierten mittelständischen Unternehmen sind es ja, die einen besonders hohen Anteil an der deutschen Steuerlast zu tragen haben.<sup>42</sup>

Der Grundsatz aller Reformen muss lauten:

**Libérale Deregulierung und Entbürokratisierung sind richtig, sofern sie für mehr Freiheit und marktwirtschaftliche Selbstregulierung in mittelständisch organisierten Märkten sorgen.**

---

<sup>42</sup> Gebhardt, H. und Siemers, L.-H. R. Die relative Steuerbelastung mittelständischer Kapitalgesellschaften: Evidenz von handelsbilanziellen Mikrodaten, in: *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik* 66 (1), S. 1-35



**Sobald sie jedoch von privilegierten Akteuren als Mittel zur Beherrschung der Märkte eingesetzt werden, sind sie schädlich.<sup>43</sup> Privatisierungen dürfen nur dort erfolgen, wo sichergestellt ist, dass dadurch keine private Machtbildung erfolgen kann.**

Ein wichtiges Prinzip muss es daher sein, mit den Entprivilegierungen bei den Profiteuren der „Privilegierten Finanz-Oligarchie“ anzufangen. Auch wenn in einer funktionierenden Marktwirtschaft Maßnahmen wie Mindestlohn, Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe kontraproduktiv wirken können, **sollte die Wirtschaftspolitik nicht bei den Geringverdienern ansetzen, solange die großen Wirtschaftsakteure über viel umfassendere Vorrechte verfügen.** Erst wenn für Chancen- und Risikogleichheit im Wettbewerb gesorgt ist, lassen sich marktwirtschaftliche Reformen auch für die „Kleinen Leute“ rechtfertigen.

## **Exkurs**

Indem wir die Finanzmarktorientierung der deutschen und europäischen Gesetzgebung beenden, wird gleichzeitig die Möglichkeit dafür eröffnet, einer oft wiederholten und durchaus nachvollziehbaren Forderung anderer Staaten nachzukommen. Wenn die hohen deutschen Ersparnisse nicht mehr einfach so durch Investment Banking in alle Welt verstreut werden, sondern hauptsächlich zur Kreditvergabe an deutsche Unternehmen verwendet werden, wird auch **der deutsche Leistungsbilanzüberschuss** von derzeit fast 8 Prozent des BIP<sup>44</sup> tendenziell zurückgehen. Ein Rückgang der deutschen Kapitalexporte läge auch im deutschen Interesse, da dadurch die Binnenkonjunktur gestärkt würde, ohne den Einsatz massiver Staatsausgaben. Deutschland würde dann nicht mehr Jahr für Jahr einen erheblichen Teil seiner Erlöse als „Exportweltmeister“ ohne Gegenleistung ins Ausland verschenken. Allein zwischen 1999 und 2013 sind deutschen Anlegern dadurch ca. 400 Milliarden Euro im Ausland verlorengegangen.<sup>45</sup> Das ist pure Kapitalvernichtung zum Schaden der deutschen Unternehmen, Arbeiter, Angestellten und Kreditinstitute.

## **Konkrete Maßnahmen: Als allererster Schritt ein Trennbankensystem einführen**

Als allererster Schritt ist ein Trennbankensystem einzuführen – eine **Trennung** einerseits in **echte Banken**, die diesen Namen wieder verdienen und langfristig orientiert die produktive Tätigkeit von Unternehmen finanzieren und andererseits in **Finanzmarkt-Gesellschaften**, die sich auf das kurzfristige Spekulieren am Kapitalmarkt spezialisieren. Letztere haben auch ihre Existenzberechtigung aber nicht mehr auf Kosten der Allgemeinheit!

Dieses Trennbankensystem funktionierte bereits erfolgreich in den USA in den Jahren 1933-1999, bekannt als Glass-Steagall-Act, und wurde unter dem Druck der Finanzindustrie von Präsident Bill

---

<sup>43</sup> Hamer, E. und Hamer, E. Globalisierung a.a.O., S. 29.

<sup>44</sup> <https://de.reuters.com/article/deutschland-berschuss-ifo-idDEKCN1L518V>

<sup>45</sup> <https://www.sueddeutsche.de/geld/verluste-bei-ersparnissen-deutschland-verspielt-milliarden-im-ausland-1.1831289>

Clinton wieder abgeschafft.<sup>46</sup> Von der „ungedeckten Geldschöpfung aus dem Nichts“ der Zentralbanken befeuert (= Fiat-Money), wurde die kasinoartige Gier nach Macht und Geld auf die alltägliche Kreditvergabe übertragen, was die weltweite Finanzkrise 2008 – entstanden in den USA – erst ausgelöst hat.<sup>47</sup>

Indem wir das Trennbankensystem in Deutschland einführen, bringen wir die echten Banken dazu, langfristige Unternehmensfinanzierungen für den deutschen Markt und die Exportmärkte ihrer Firmenkunden wieder in den Focus zu stellen = Bedingung für die Wiedererrichtung der „Deutschland AG“ = Bedingung für die Wiederbelebung der „Sozialen Marktwirtschaft“ = **freiheitliche, moderne Selbstverwaltung für unsere eigenen, wirtschaftlichen Akteure anstelle eines antiquierten Neo-Feudalismus durch fremde, zentrale Entscheider.**

## **Schlusswort**

Sollte sich die EU, die zu einer zentralistischen, d.h. antimarktwirtschaftlichen Bürokratie- und Herrschaftsmaschine mutiert ist, in die frühere, wirtschaftsliberale EWG rückführen lassen, ließen sich unsere Vorschläge in diesem Rahmen am besten umsetzen. Wenn nicht, dann könnte der „Dexit“ (= Deutschlands Austritt) aus der EU der notwendige Schritt werden, um das weitere Ausbluten der deutschen Wirtschaft zu verhindern und einen neuen, prosperierenden und souveränen Nationalstaat Bundesrepublik Deutschland aufzubauen: zum gemeinsamen Wohle unserer Unternehmer, Arbeiter und Angestellten. Je mehr diese drei gesellschaftlichen Gruppen verdienen, desto besser können Sie unsere Schwachen, Kranken, Armen und Abgehängten unterstützen.

**Das wird ein wirtschaftlich effizienter Sozialstaat, der endlich anerkennt, dass die Leistungsträger der Gesellschaft nicht noch mehr gemolken werden dürfen, sondern entlastet gehören, um den zu kurz Gekommenen wirklich helfen zu können. Wobei nach dem Prinzip nationalstaatlicher Solidarität unsere eigenen Bürger, die in den Sozialstaat einbezahlt haben, deutlich mehr Rechte haben müssen als die kürzlich Zugewanderten, die für unseren Staat noch nichts geleistet haben.**

Das gleiche Prinzip der Entlastung der Leistungsträger und nationaler Selbstbestimmung lässt sich auf unsere Partnerstaaten in Europa und der Welt anwenden, damit jeder Partnerstaat sein unabänderliches Recht auf die eigene Gestaltung seiner einzigartigen Identität – und damit auch seiner Wirtschaftsstruktur – wiedergewinnt: in freiheitlicher Selbstbestimmung, ohne zentralistische Gängelung von außen. Wir deutschen Wirtschaftstreibenden möchten mit gutem Beispiel vorangehen, deshalb:

## **„Faire & nachhaltige Wirtschaftsordnung - Heimische Wirtschaft zuerst“**

<sup>46</sup> <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-71030004.html>

<sup>47</sup> Lapavistas, C. Theorizing financialization, in: *Work, employment and society* 25 (4), 2011, S. 622

## *Themen für weiterführende Gedanken und Ausarbeitungen*

- 1) Die Ära des billigen Kreditgeldes durch die Notenbanken muss beendet werden, um den marktwirtschaftlichen Selbstlenkungsmechanismus von Geld und Zins wieder in Funktion zu bringen.
- 2) Die zentrale Macht der Zentralbanken beenden: Vollgeld statt Mindestreservesatz.
- 3) Die Steuerbenachteiligung des Mittelstandes, im Vergleich zu Großunternehmen, ist zu beenden. Denkbar wäre eine rechtsformunabhängige Dividendenbesteuerung mit der Firma als Steuerschuldnerin, ohne Verrechnungs- oder Erstattungsmöglichkeit für ausländische Eigner. Damit wären Großunternehmen hier entprivilegiert und mit dem Mittelstand gleichgestellt.<sup>48</sup>
- 4) Ein anderer Ansatz wäre die Schaffung einer bankenunabhängigen Innenfinanzierung nur für mittelständische Unternehmen, durch Steuerfreiheit für reinvestierte oder nicht ausgeschüttete Gewinne. Hier würde der Mittelstand bewusst privilegiert, um damit einen Ausgleich für andere Privilegien von Konzernen zu schaffen.
- 5) Es muss eine soziale Einbindung der Kapitalgesellschaften als Ausgleich für ihre privilegierte Stellung erreicht werden. Mögliche Maßnahmen wären:
  - a. Zölle beschränkt auf den reinen Kapitalverkehr, NICHT auf den Waren- oder Dienstleistungsverkehr.
  - b. Abschaffung der Vorteile bei der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen im Vergleich zu natürlichen Personen.
  - c. Verpflichtende Beteiligungsmehrheit deutscher Anleger in Aktiengesellschaften.
  - d. Keine signifikante, dauerhafte Beteiligung an deutschen Unternehmen durch Notenbanken und ausländische regierungs- oder regierungsnahe Fonds.
  - e. Die Finanzmarktförderungsgesetze um Elemente bereinigen, die das Interesse der Konzerne und Großbanken von dem der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft abkoppeln.
- 6) Grundsätzlicher Wechsel im System der Steuererhebung: weg von der antiquierten Leistungsbesteuerung, die jede Form der Leistungserbringung bestraft, hin zu einer modernen Verbrauchsbesteuerung, wobei erstere durch letztere vollkommen ersetzt wird. Dieses neue Steuersystem erhöht das Wirtschaftswachstum über die Reduktion der Faktorkosten, entlastet alle Leistungsträger der Gesellschaft - vom Unternehmer bis zum Arbeiter - und verteilt die reduzierte Steuerlast sozial ausgewogen über verschieden hohe Steuersätze auf die Güter alltäglichen Gebrauchs und auf Luxusgüter<sup>49</sup>. Es handelt sich um keine MwSt.-Erhöhung als Einzelmaßnahme zu Lasten der „Kleinen Leute“, sondern um einen grundsätzlichen Systemwechsel bei der Steuererhebung zum Wohle aller Leistungsträger.

---

<sup>48</sup> Hamer, E. Mittelstand – Verfolgt, gegängelt und abgezockt, in: *Preußische Allgemeine Zeitung*, 30.4.2005, S.4

<sup>49</sup> nach Hans-Wolff Graf. [http://www.d-perspektive.de/wp-content/uploads/2015/12/PERSPEKTIVE\\_e.V.\\_Plaedoyer-fuer-ein-neues-Steuer-Wirtschafts-und-Sozialkonzept-12\\_2015.pdf](http://www.d-perspektive.de/wp-content/uploads/2015/12/PERSPEKTIVE_e.V._Plaedoyer-fuer-ein-neues-Steuer-Wirtschafts-und-Sozialkonzept-12_2015.pdf)